

20. Februar 2017

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 16.02.2017

Der Stadtrat gedachte mit einer Schweigeminute dem verstorbenen ehemaligen Stadtrat Horst Dittrich.

Nachdem die OB die Vorlage zur Umbuchung eines Teils der Kapitalausstattung an die GVB Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH von der Tagesordnung des Stadtrates zurückgezogen hatte stellte A. Schubert (Fraktion DIE LINKE.) den Antrag auf eine dringenden notwendige Debatte zur Finanzausstattung des GVB. Dem entsprach die OB mit der Ankündigung einer Sondersitzung des Stadtrates zu diesem Thema für den 09.03.2017.

Mit Mehrheit bestätigte der Stadtrat die **Feststellung der Ergebnisse zu den Jahresabschlüssen 2012 und 2013 sowie die Entlastung zu den o.g. Jahresabschlüssen.**

Eine **befristete Bestätigung gab es vom Stadtrat für den Brandschutz- und Katastrophenschutzbedarfsplan 2017 – 2017 bis zum 31.1.2.2017.** Die Verwaltung wurde beauftragt, diesen Plan zu qualifizieren (Prämisse: 129,65 VbE !) und dem Stadtrat möglichst im Dezember 2017 zur Entscheidung für den Zeitraum als Beschlussfassung für den 2018 – 2022 vorzulegen.

Die Berichterstattung zu den „**Städtepartnerschaften**“ wurde entgegengenommen. Hauptproblem bleibt die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung der Verwaltung (siehe Redebeitrag Nina Wunderlich).

Einstimmig hat der Stadtrat die **Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in der Stadt Gera verabschiedet, die Teilnahmemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen zu verbessern** (siehe Redebeitrag G. Domkowsky). Damit wird die OB beauftragt, für das Jahr 2017 die vorgeschlagenen Maßnahmen in den Haushaltsplan einzustellen. Durch eine neu zu gründende Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit & Inklusion“ sollen ab 2018 die Maßnahmen festgelegt werden, die Bestandteile der jährlichen Haushaltspläne werden sollen.

Mit der mehrheitlichen Zustimmung des Stadtrates zu den DS 44/2015, 2. Ergänzung und 100/2015, 1.Ergänzung **zur Umsetzung der Investpauschale** wurde die Umschichtung von Fördermitteln beschlossen. Keine Zustimmung gab es durch die Fraktion DIE LINKE.. Begründet hat diesen Standpunkt B. Leithold (siehe Redebeitrag).

Auf Initiative der LINKEN. stand ein Antrag auf ein **Sozialticket im Verkehrsverbund Mittelthüringen** auf der Tagesordnung. Dieser Prüfauftrag wurde mit Mehrheit verabschiedet (siehe Redebeitrag A. Schubert)

Redebeitrag von Nina Wunderlich zum Thema Städtepartnerschaften:

Der mit Beschluss im Dezember 2015 geforderte Bericht zu Stand und Ausblick der Städtepartnerschaften liegt uns nun zum zweiten Mal vor. Anliegen dieses Beschlusses und der Aufforderung jährlich einen Bericht vorzulegen, war unter anderem, dem Thema der Städtepartnerschaften in einer geeigneten, regelmäßigen Form eine öffentliche Aufmerksamkeit zu geben.

Der Bericht des Bürgermeisters stellt dar, dass diese sogenannte freiwillige Aufgabe mit einer äußerst dürftigen finanziellen und personellen Ausstattung mehr schlecht als recht zu erfüllen ist, aber zumindest ein Grundgerüst an Aktivitäten organisiert oder koordiniert werden kann.

Er zeigt aber vor allem, dass der Großteil dieser Aktivitäten ohne ehrenamtliches Engagement NICHT möglich wäre. Und daher ist ein wichtiger Bestandteil dieses Berichts, und diesem Teil möchte ich mich ausdrücklich anschließen, die Würdigung und Wertschätzung des erfolgten bürgerschaftlichem und ehrenamtlichen Engagements.

Ohne den persönlichen Einsatz und auch die finanzielle Unterstützung vieler Geraer Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen hätten die meisten der aufgeführten Aktivitäten nicht stattgefunden. Namentlich erwähnt werden im Bericht 13 Organisationen oder Vereine und 20 Privatpersonen, denen die Stadt Gera, der Stadtrat und auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu Dank verpflichtet sind. Stellvertretend erlaube ich mir zu sagen: Vielen Dank!

Natürlich verstehe ich das Ansinnen des Berichts, der uns nicht nur zwischen den Zeilen zu verstehen gibt, dass die gegebene personelle und finanzielle Ausstattung keine großen Aktivitäten erlaubt. Es wären wohl nicht viel mehr als die Reisekosten eines Vertreters unserer Stadt in jede der 10 (bzw. inklusive Nürnberg und Plzeň 12) Partnerstädte gedeckt.

Doch wie schon Bernd Krüger hier im Dezember 2015 treffend sagte, darf die finanzielle Not unserer Stadt nicht zur „lähmenden Untätigkeit“ führen und sind die Städtepartnerschaften vor allem eine große Chance, und nicht nur als Kostenfaktor zu sehen!

Doch nutzen wir diese Chance? Vermittelt der Bericht uns das Gefühl, dass unsere Verwaltungsspitze das Thema mit Leidenschaft voran treibt? Aus dieser Leidenschaft kreative Ideen entwickelt werden um die Städtepartnerschaften mit Herz füllen?

Für die Antwort eine kurze Zusammenfassung der letzten beiden Berichte zu den Städtepartnerschaften:

Es werden 28 Aktivitäten aus dem Jahr 2016 benannt, das sind zwar 4 mehr als im Vorjahr, jedoch wird nur bei 10 Terminen ausdrücklich erwähnt, dass OB oder BM anwesend waren. Waren es nicht mehr? Oder stellt der Bericht hier die Leistung der Verwaltungsspitze unter den Scheffel?

Von den 12 Partnerstädten (inkl. Nürnberg und Plzeň) finden in beiden Jahren nur Aktivitäten mit 9 Städten statt. Gibt es denn Anstrengungen, den Kontakt zu den bisher nicht erwähnten Städten Timisoara, Saint-Denis und Plzeň zu verbessern? Wenn ja, warum steht das nicht auch in dem Bericht? Und wenn nicht, kann die Frage nur lauten, warum nicht?!

Ich wiederhole die Frage: Vermittelt der Bericht uns das Gefühl, dass unsere Verwaltungsspitze das Thema mit Leidenschaft voran treibt? Und als Antwort nenne ich zwei der „Aufgabenstellungen für die Verwaltung“, zitiert aus dem Bericht über Städtepartnerschaften aus dem Jahr 2015:

- 1) Erarbeitung und Präsentation eines Konzeptes Städtepartnerschaften
→ Das es nicht gibt
- 2) Aktualisierung des Internetauftritts inkl. Veranstaltungskalender
→ Die nicht erfolgt ist, außer der Aktualisierung einige Kontaktdaten

Im Ausblick für 2016 enthielt der Partnerschaftsbericht 2015 auch drei tolle Jubiläen. So jährte sich die Städtepartnerschaft mit Arnheim im Juni zum 25. Mal, die mit Pskow im Oktober zum 20. und die mit dem russischen Rostow am Don auch zum 25. Mal. Dem Rückblick aus dem aktuellen Bericht ist zu KEINEM dieser großen Jubiläen auch *nur eine* Aktivität zu entnehmen.

Die Idee der Verwaltungsspitze einen Verein gründen zu lassen von den engagierten Bürgern und Organisationen, dem die Stadt Gera dann nur noch als aktives Mitglied angehört, kann ich nicht unterstützen. Denn das entlässt die Stadt aus ihrer Pflicht und gibt Aufgaben in private, in ehrenamtliche Hände, die in das Aufgabengebiet einer Verwaltung gehören. Es kann nicht die Lösung aller Probleme sein, einen Verein zu gründen und zu hoffen, dass es jemand besser kann und die Verwaltungsspitze von ihren Aufgaben befreit!

Und weil ich an dieser Stelle ein bisschen missmutig wurde, bei der Lektüre der beiden Berichte und hier so nicht enden will, fasse ich das Positive nochmal zusammen: Wir haben engagierte und motivierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen in unserer Stadt, die sich dem Thema Städtepartnerschaften mit Herz (und Scheckbuch) widmen und so die Beziehungen zu unseren Partnern auf die beste Weise überhaupt pflegen: nämlich auf persönlicher Ebene und mit Leidenschaft!

Gern hätten wir mehr davon. Deshalb zum Schluss noch eine Idee für die Verwaltungsspitze und den FD Vermischtes, der auch Presse macht: Interessant wäre eine Serie über unsere Partnerstädte im Geraer Wochenmagazin, die noch mehr Bürger aufmerksam macht auf unsere Städtepartnerschaften und so vielleicht weitere Aktive animiert.

Redebeitrag Bernd Leithold zur Umsetzung der Investpauschale

Sehr geehrte Fr. Dr. Hahn,
Sehr geehrter Hr. Hausold,
Werte Kolleginnen und Kollegen,
Werte Gäste

Ich nehme im Auftrag der Fraktion DIE Linke Stellung zu den Vorlagen 44/2015 2. Erg. und Vorlage

100/2015 1. Erg.. Gestatten Sie mir wenige Vorbemerkungen am Anfang meiner Ausführungen.

Nach längeren Stadtratssitzungen, Ausschusssitzungen und Beratungen werden wir durch unsere

Ehepartner oft gefragt: Warum kommst Du so spät, gab es etwas Wichtiges oder habt Ihr nur gelabert? In der Regel haben wir überwiegend ein schlechtes Gewissen, denn wir haben der Familie

gemeinsam zu verbringende Freizeit unwiederbringlich gestohlen. Fr. Oberbürgermeisterin, Sie hätten

auch lieber die Zeit mit Ihrer Enkeltochter verbracht.

Ich habe vier Oberbürgermeister und eine Oberbürgermeisterin erlebt bzw. erlebe sie noch.

Mein Fazit, noch nie hatten wir eine so schlechte Kommunikation zwischen der Verwaltungsspitze und dem Stadtrat, wie in den vergangenen vier Jahren.

Noch ein Tipp, Probleme lösen sich nicht, wenn man sich nicht zeitnah um eine Lösung bemüht.

Fr. Dr. Hahn, Sie hat in ihrem **Flyer „Meine Garantie für sechs Jahre ehrliche Politik“ unter dem Punkt Wahre Bürgernähe vermerkt: Bürgerbeteiligung nicht mehr als Alibi für eine verfehlte Politik. Alle Bürger sind für mich echte Partner.**

Wäre folgerichtig die Frage zu stellen. **Auch alle Stadträtinnen und Stadträte?**

Nun zu den Vorlagen.

Fr. Dr. Hahn, Sie hatten in Ihrer Garantie... vermerkt: Realistisches Schulbauprogramm innerhalb der ersten 100 Tage meiner Amtszeit zur Beschlussfassung und Beratung durch den Stadtrat. Es ist nicht nur die Folge falsch, denn vor der Beschlussfassung kommt die Beratung, wir haben bis heute noch kein Schulbauprogramm.

Vielleicht gab es Wichtigeres. So, die unterbrochene Richtgeschwindigkeit von 70km/h in der Siemensstr..

Wir müssen heute feststellen, wir haben für die vier Schulen aus der der DS 44/2015 noch keine Planungen nach DIN um Fördermittel beantragen zu können. Die Vorlage 44/2015 hat nur Mehrheiten im Stadtrat bekommen, weil eine Gleichbehandlung aller vier Objekte durch die Verwaltung zugesichert wurde.

Wir werden nicht nur aus diesem Grund **beiden Vorlagen nicht zustimmen.**

Wir fordern die vier Schulen gleichwertig im investiven Haushalt 2017 aufzunehmen. Jetzt sind Sie am Zuge Fr. Dr. Hahn und ich hoffe doch nicht das Sie unsere Ablehnung zum Gesamthaushalt 2017 provozieren wollen.

Redebeitrag von Andreas Schubert zum Sozialticket für den ÖPNV

Mit Beschluss des Stadtrates soll die Stadt den GVB beauftragen, sich für die Einrichtung eines Sozialtickets im Tarifgefüge des gesamten Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT) ab 01. Januar 2018 einzusetzen.

Das neue Sozialticket soll als Monatskarte ohne Abonnement eingerichtet werden, wobei sich die Kosten des Sozialtickets am Regelsatz für Mobilität nach SGB II orientieren müssen.

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für die soziale Teilhabe und die Chancen am Arbeitsmarkt. Benachteiligung erfahren vor allem Menschen mit geringem Haushaltseinkommen. Ihnen muss der öffentliche Personennahverkehr zu angemessenen Preisen Mobilität als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichen.

Dies hat nicht nur, aber gerade auch in Gera ganz konkrete Auswirkungen:

Als Stadt mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen, die unmittelbar von Armut betroffen sind, wird diesen die Nutzung von Angeboten der Sportvereine, städtischer Bildungs- und Kultureinrichtungen z.B. der Volkshochschule und der Bibliothek aber auch Beratungs- und Betreuungsangebote durch die Beförderungskosten für Hin- und Rückfahrt erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht.

Dies betrifft ebenso auch alle Einwohner anderer Altersgruppen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, und auf Grund der dort einkalkulierten niedrigen Kostensätze für Mobilität in hohem Maße von der Nutzung städtischer Angebote, die nicht zufällig in unmittelbarer Nachbarschaft vorhanden sind, de facto ausgeschlossen werden.

Mit einem Sozialticket kann dies nach Überzeugung der LINKEN vermieden werden. Zeitgleich werden neue Kundenpotenziale für den GVB erschlossen. Dafür eine nachhaltige Lösung im Rahmen des gesamten Verkehrsverbundes zu finden, ist also eine Aufgabe für die es viele gute Gründe gibt.